

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten **Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Thomas Lutze, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Wolfgang Neškovic, Thomas Nord, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Paul Schäfer, Michael Schlecht, Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann** und der Fraktion **DIE LINKE**.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/623, 17/624, 17/625 –

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- CDU/CSU und FDP setzen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort. Klientelpolitik versuchen CDU/CSU und die Mövenpick-Partei FDP als sogenannte Wachstumsbeschleunigung zu verkaufen. Aus Sicht der Begünstigten führen gezielte Spenden an Regierungsparteien sowie das persönliche Anfüttern politischer Entscheidungsträger mit Vortragshonoraren und anderen Zuwendungen zu einem vielfach höheren finanziellen Vorteil. Die Bundesregierung erlässt Hotelbesitzern, Kapitaleigentümern und reichen Erben jährlich 8 Mrd. Euro. Der von der Koalition beschlossene höhere Kinderfreibetrag nutzt Besserverdienenden, während Familien mit niedrigem Einkommen völlig leer ausgehen. Die Einnahmehasis des Staates wird gezielt ausgehöhlt, um einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen.

- CDU/CSU, SPD und Grüne haben in den vergangenen Legislaturperioden mit Unterstützung der FDP Gesetze durchgesetzt, die die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise erst möglich gemacht haben. Der vorsätzlich vorangetriebene Ausbau des Verbriefungsmarktes, private Ratingagenturen und die Zulassung von Hedgefonds in Deutschland gehören zu den wichtigsten Auslösern der Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession. Hedgefonds ist es ermöglicht worden, solide Unternehmen zu kapern, auszuweiden und zu Grunde zu richten. Jetzt spekulieren Hedgefonds auf die Pleite ganzer Staaten. Ratingagenturen lassen sich geschönte Einschätzungen von Giftpapieren von den Verkäufern dieser Giftpapiere bezahlen. Die Wertlosigkeit von Kreditforderungen konnte durch Verbriefungen verschleiert werden. Entgegen ihren Lippenbekenntnissen weigern sich CDU/CSU und FDP immer noch, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren. Stattdessen organisieren sie die Vergesellschaftung der durch die Zockerei der Banken verursachten Milliarden-Verluste und büden diese den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auf.
- Erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 wird die Bundesregierung die Einsparmaßnahmen offenlegen, mit deren Hilfe sie die Rekordverschuldung abbauen will. CDU/CSU und FDP weigern sich, wirtschaftlich Leistungsfähige und Krisenverursacher stärker an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen. Aus dieser falschen Logik folgt, dass nur durch Einsparungen der durch die Schuldenbremse vorgeschriebene Konsolidierungspfad eingehalten werden kann. Um die entsprechenden Grausamkeiten nicht bereits vor der NRW-Wahl offenbaren zu müssen, hat die Bundesregierung sich geweigert, eine aktualisierte mittelfristige Finanzplanung vorzulegen. Aus demselben Grund hat die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag vorgesehene Top-down-Verfahren bei der Haushaltsaufstellung vertagt. Hätte sie dieses Verfahren bereits bei der jetzt laufenden Aufstellung des Bundeshaushalts für das kommende Jahr 2011 angewendet, könnte nicht verheimlicht werden, wer unter den Ausgabekürzungen leiden wird.
- Einzelplanberatungen und Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss haben immer wieder deutlich gemacht, dass der Haushaltsentwurf der Bundesregierung dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben folgt. Leistungen für sozial Benachteiligte werden gekürzt, ein wirksames Programm zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt es nicht. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben. Es fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben, insbesondere die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

### Zukunftsprogramm

4,0 Mrd. Euro	für den Ausbau der Kinderbetreuung
3,0 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale
2,9 Mrd. Euro	für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien
2,5 Mrd. Euro	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
1,3 Mrd. Euro	für den Hochschulpakt
1,0 Mrd. Euro	für Prävention und Gesundheitsförderung
600 Mio. Euro	für Konversionsmaßnahmen
500 Mio. Euro	für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
500 Mio. Euro	für die nicht-kommerziellen Pharma-Forschung
295 Mio. Euro	für Erwachsenenbildungsförderung und BAföG

53 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern
50 Mio. Euro	für die energetische Gebäudesanierung
46 Mio. Euro	für die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen
30 Mio. Euro	für eine Deutsche Digitale Bibliothek
25 Mio. Euro	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
20 Mio. Euro	für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten) und Ausdehnung des Programms auf alle Bundesländer
2,5 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen
0,2 Mio. Euro	für die Stiftung für das sorbische Volk

#### Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich:

16,0 Mrd. Euro	zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und im Alter auf 500 Euro pro Monat
3,3 Mrd. Euro	Kinderzuschlag
4,8 Mrd. Euro	zur Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (Finanzierung aus der Nichtabführung des Eingliederungsbeitrags der Bundesagentur für Arbeit)
0,7 Mrd. Euro	Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik entsprechend des erwarteten Anstieges der Erwerbslosigkeit im SGB II-Bereich und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeld II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit)

#### Sozialkassen stärken

5,0 Mrd. Euro	angemessene Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung für ALG II-Bezieherinnen und Bezieher zahlen
---------------	--

#### Rentengerechtigkeit herstellen

1,2 Mrd. Euro	Anhebung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West
---------------	---

#### Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

2,5 Mrd. Euro	zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)
---------------	---

#### Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

1,1 Mrd. Euro	für die Verstärkung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, für den Wiederaufbau in Haiti, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit
---------------	---

#### Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

31 Mio. Euro	insbesondere zur Finanzierung der wegen fehlender Mittel abgelehnten Modellprojekte
--------------	---

## Finanzierung

- 49,0 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärssteuer, Einführung einer Finanzkrisen-Verantwortungsgebühr, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken
- 4,0 Mrd. Euro durch die Beendigung von Auslandseinsätzen, den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter, Großraumtransportflugzeug A400M und NATO-Hubschrauber NH 90 sowie weiterer Einsparungen im Verteidigungsetat
- 2,6 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 15. März 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**